# Gesetz

**über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 24/25)**

Vom 20. Dezember 2023

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

## Abschnitt I
## Allgemeine Ermächtigungen

### § 1
### Feststellung des Haushaltsplans

(1) Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird für 2024 in Einnahmen und Ausgaben auf 39.281.053.500 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 53.749.851.500 Euro und für 2025 in Einnahmen und Ausgaben auf 40.506.204.100 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 45.649.405.100 Euro festgestellt, und zwar

1. für das Haushaltsjahr 2024
   a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 28.024.628.700 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 52.973.025.900 Euro,
   b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.256.424.800 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 776.825.600 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans;
2. für das Haushaltsjahr 2025
   a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 29.109.803.900 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 44.972.694.100 Euro,
   b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.396.400.200 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 721.711.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.

(2) Die Verpflichtungsermächtigungen gemäß Absatz 1 sind gesperrt.

### § 2
### Kreditermächtigungen

(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für finanzielle Transaktionen (Anlage 8 zum Haushaltsplan) im Haushaltsjahr 2024 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro und im Haushaltsjahr 2025 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro Kredite aufzunehmen. Mehrausgaben für finanzielle Transaktionen dürfen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch Kredite finanziert werden, sofern die Gesamthöhe der Kreditermächtigung dadurch nicht überschritten wird. Diese Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2009 (GVBl. S. 31, 486), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 30) geändert worden ist.

(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Kredite aufzunehmen zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 jeweils fällig werdenden Krediten, zur vorzeitigen Tilgung von Schulden, zur Tilgung kurzfristiger Kredite und zum Kauf von Inhaberschuldverschreibungen des Landes, der aus Gründen der Marktpflege erforderlich ist.

(3) Erfolgt die Kreditaufnahme im Sinne der Absätze 1 und 2 in fremder Währung, ist das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte auszuschließen.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung Darlehen beim Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und beim Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.

(5) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt innere Darlehen bei Rücklagen, die ihrer Verwaltung unterstehen, aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen inneren Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.

(6) Die Ermächtigungen der Absätze 4 und 5 gelten bei Anwendung des Artikels 89 Absatz 2 der Verfassung von Berlin entsprechend.

(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, in den jeweiligen Haushaltsjahren Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 13 Prozent der in § 1 festgestellten Beträge und darüber hinaus für die Stellung von Sicherheiten nach Absatz 9 Satz 3 aufzunehmen.

(8) Ab dem 1. Oktober der Haushaltsjahre 2024 und 2025 dürfen im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 Prozent der in § 1 festgestellten Ausgaben aufgenommen werden. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(9) Im Rahmen der Kreditfinanzierung dürfen ergänzende Vereinbarungen, die der Steuerung von Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen, getroffen werden. In der Summe dürfen diese ergänzenden Vereinbarungen 40 Prozent des Gesamtschuldenstandes am Ende des jeweils vorangegangenen Haushaltsjahres nicht überschreiten. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinster Barmittel zu stellen und entgegenzunehmen.

### § 3
### Gewährleistungsermächtigungen

(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der freien Berufe im Land Berlin

1. Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Bürgschaftsbanken, dem Bund und den Ländern bis zu 1.200.000.000 Euro,
2. Ausfallgarantien für Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben bis zu 2.000.000 Euro

zu übernehmen. Nach Satz 1 Nummer 1 geförderte Unternehmen und Angehörige freier Berufe müssen im Land Berlin eine Betriebsstätte im Sinne des § 12 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, unterhalten. Nach Satz 1 Nummer 2 geförderte Arbeitnehmerbeteiligungen müssen an Unternehmen mit Sitz und Betriebsstätte im Land Berlin erfolgen.

(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften und -garantien

1. zur Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung, der Instandsetzung und des Rückbaus von Wohngebäuden im Land Berlin,
2. zur Förderung des Baus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie der Umnutzung gewerblicher Räume, soweit dies im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1 geboten erscheint,
3. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Selbstnutzung und zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Altschuldenhilfe-Gesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), das zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, abzuschließende Kreditverträge,
4. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen abzuschließende Kreditverträge

bis zu 5.500.000.000 Euro zu übernehmen.

(3) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg Bürgschaften bis zu 1.295.000.000 Euro, höchstens jedoch 37 Prozent der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an dieser Gesellschaft, zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 Prozent des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Die Übernahme von Bürgschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 sowie jede sonstige Unterstützung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH setzen voraus, dass dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses zuvor die Bürgschafts- und sonstigen Unterstützungskonditionen übermittelt sind, sobald sie feststehen.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, bei Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften im Sinne des § 8 für von Objektträgern aufzunehmende Fremdmittel zur Verbesserung der Kreditkonditionen, insbesondere zur Inanspruchnahme von Krediten aus Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Bürgschaften bis zu 200.000.000 Euro zu übernehmen.

(5) Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Förderung von Sozialunternehmen im Land Berlin und an Unternehmen von Angehörigen aus dem Nicht-EU-Ausland sowie von Geflüchteten Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Bürgschaftsbanken bis zu 50.000.000 Euro zu übernehmen.

(6) Die für Kultur und für Sport zuständigen Senatsverwaltungen werden ermächtigt, zur Stellung von Sicherheiten für Eingangsabgaben im Zusammenhang mit der vorübergehenden Einfuhr von Kunstgegenständen sowie zur Deckung des Risikos des Landes Berlin und von Zuwendungsempfängern des Landes Berlin aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur Gewährleistungen bis zu 500.000.000 Euro zu übernehmen.

(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften zur Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler zur Selbstnutzung bis zu 15.000.000 Euro zu übernehmen. Nach Satz 1 geförderte Künstlerinnen und Künstler müssen ihren Wohnsitz im Sinne des § 8 der Abgabenordnung oder bei einer wirtschaftlichen Tätigkeit eine Betriebsstätte im Sinne des § 12 der Abgabenordnung im Land Berlin haben.

(8) Die für Forschung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung des Risikos des Landes Berlin für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden, und aus der Haftung für Leihgaben an wissenschaftliche Forschungseinrichtungen Gewährleistungen bis zu 93.000.000 Euro zu übernehmen.

(9) Die für Raumordnung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für Haftungsfreistellungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsinitiativen Gewährleistungen bis zu 33.000.000 Euro zu übernehmen.

(10) Die für Umwelt zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Absicherung des Betriebs von Anlagen der Abfallwirtschaft für die Entsorgung gefährlicher Abfälle im Bereich des gemeinsamen Abfallschwerpunktes der Länder Berlin und Brandenburg Gewährleistungen bis zur Höhe von 4.000.000 Euro zu übernehmen.

(11) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Bürgschaften und Garantien zur Absicherung von Krediten im Zusammenhang mit öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen bis zu 8.500.000.000 Euro zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 Prozent des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Unter öffentliche Infrastrukturmaßnahmen im Sinn des Satzes 1 fallen auch die Gründung und der Erwerb von Beteiligungen auf dem Gebiet der Wasser-, Energie- und Fernwärmeversorgung, der Schulbau und strategische Investitionen von Landesunternehmen. Für einen Betrag von bis zu 600.000.000 Euro wird die für Energie zuständige Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung im Rahmen des in Satz 1 genannten Höchstbetrages ermächtigt, einen Kreditauftrag gemäß § 778 des Bürgerlichen Gesetzbuches an die Investitionsbank Berlin zur Finanzierung der Übernahme von betreffenden Netzen durch eine landeseigene Gesellschaft zu erteilen.

(12) Auf die Höchstbeträge nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 sowie Absatz 2 werden jeweils die Bürgschaften und Garantien auf Grund des Landesbürgschaftsgesetzes vom 14. Februar 1964 (GVBl. S. 244), das zuletzt durch Gesetz vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 688) geändert worden ist, und des Rückbürgschaftsgesetzes in der Fassung vom 15. November 1993 (GVBl. S. 584), das zuletzt durch Gesetz vom 25. November 1996 (GVBl. S. 507) geändert worden ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 2 Nummer 1 bis 3 zudem die Bürgschaften auf Grund des Vierten Wohnungsbaubürgschaftsgesetzes vom 13. Februar 1979 (GVBl. S. 345), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Februar 1995 (GVBl. S. 56) geändert worden ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 3 die Bürgschaften auf Grund des BBI-Finanzierungs-Sicherstellungsgesetzes vom 1. Oktober 2008 (GVBl. S. 273) angerechnet. Weiterhin werden auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 bis 10 die Gewährleistungen auf Grund der jeweiligen Ermächtigungen bisheriger Haushaltsgesetze angerechnet, soweit das Land Berlin noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit es in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachte Leistung keinen Ersatz erlangt hat. Soweit das Land Berlin ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Bürgschaften und Garantien auf die Höchstbeträge nicht mehr anzurechnen.

(13) Sind aus vorangegangenen Haushaltsjahren Bürgschaften oder Gewährleistungen in Deutscher Mark übernommen worden, sind sie mit dem festgesetzten Umrechnungskurs auf die Höchstbeträge in Euro anzurechnen.

(14) Zur Ausführung der in diesem Gesetz eingeräumten Ermächtigungen kann der Senat Bürgschaftsrichtlinien erlassen.

§ 4
Hebesätze

(1) Die Hebesätze für die Grundsteuer werden für das Jahr 2024

1. für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf 150 Prozent
2. für Grundstücke auf 810 Prozent

des Steuermessbetrages festgesetzt.

(2) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für die Jahre 2024 und 2025 auf 410 Prozent des Steuermessbetrages festgesetzt.

§ 5
Haushaltsüberschreitungen

(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 5.000.000 Euro festgesetzt. Sofern über- und außerplanmäßige Ausgaben im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50.000.000 Euro, überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur Unterrichtung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 15.000.000 Euro festgesetzt. Für die im Zusammenhang mit der Anmietung neuer oder zusätzlicher Büroflächen für die Bezirke oder die Hauptverwaltung entstehenden Miet- und Betriebskosten wird dieser Betrag auf jeweils 50.000.000 Euro, begrenzt auf einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren festgelegt. Sofern über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen den in Satz 1 festgelegten Betrag überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur Unterrichtung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(3) Der Betrag nach § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 für über- und außerplanmäßige Ausgaben auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen wird der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für das Eingehen von Verpflichtungen im Verkehrsbereich (Kapitel 0730) überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 54045 und 54081 über den in Absatz 2 Satz 1 festgesetzten Betrag hinaus mit vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zuzulassen.

**Abschnitt II**
**Bewirtschaftung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen**

§ 6
Verpflichtungsermächtigungen

Über die Einwilligung gemäß § 36 der Landeshaushaltsordnung hinsichtlich § 1 Absatz 2, die grundsätzlich nach Auflösung pauschaler Minderausgaben erfolgen soll, ist dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses und den Bezirksverordnetenversammlungen regelmäßig zur Besprechung zu berichten. In den Bezirkshaushaltsplänen ist für die Einwilligung das jeweilige Bezirksamt zuständig.

§ 7
Haushaltswirtschaftliche Sperre

Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann von ihren Befugnissen nach § 41 Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung auch dann Gebrauch machen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit missachtet worden sind oder missachtet werden.

§ 8
Gesetzliche Sperre

(1) Zur Aufhebung einer Sperre gemäß § 24 Absatz 3 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung bedarf es bei Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenrahmen von über 1.000.000 Euro zusätzlich zur Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses, sofern die Prüfung der Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung ergibt, dass der Rahmen der bei Veranschlagung dargelegten Gesamtkosten überschritten wird.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Maßnahmen, die mittels standardisiertem Typenbau umgesetzt werden, sofern geprüfte Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung für den Typenentwurf bereits vorliegen, sowie für Leistungen der Bauvorbereitung.

§ 9
Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften

(1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) dürfen Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften zuzulassen; § 38 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt. Die aus Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften entstehenden Verpflichtungen des Landes Berlin dürfen das vertretbare Maß für die Belastung künftiger Haushaltsjahre nicht überschreiten. Ein Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft setzt die Feststellung eines unabdingbaren Investitions- und Beschaffungsbedarfs voraus, der auch ohne öffentlich-private Partnerschaft aus dem Haushalt realisiert würde.

(2) Im Haushalt bereits veranschlagte Investitionsmaßnahmen können mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch alternative Beschaffungs- und Errichtungsformen wie Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften ersetzt werden. In diesen Fällen dürfen die veranschlagten Mittel im laufenden Haushaltsjahr nur für die Absicherung und Leistung der vertraglichen Raten und nur bis zu deren notwendiger Höhe verwendet werden.

(3) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften ist in jedem Einzelfall zu belegen.

(4) Grenzüberschreitendes Leasing sowie Sale-and-Lease-Back-Geschäfte sind ausgeschlossen.

(5) Die Übertragung von Schulgrundstücken an Dritte ist ausgeschlossen, soweit diese Dritten sich nicht direkt oder indirekt in vollständigem Landeseigentum befinden. Gleiches gilt für Erbbaurechte an solchen Grundstücken. Schulgrundstücke im Sinne dieser Norm sind Grundstücke, die für öffentliche Schulen im Sinne des § 6 Absatz 2 des Schulgesetzes vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2023 (GVBl. S. 226) geändert worden ist, genutzt werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann mit vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Ausnahmen zulassen.

§ 10
Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen

(1) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 der Landeshaushaltsordnung dürfen Datenverarbeitungsprogramme der Berliner Verwaltung unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Dem entgegenstehende vertragliche Regelungen bleiben unberührt.

(2) Nach § 63 Absatz 5 in Verbindung mit § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung dürfen leerstehende Immobilien mit Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung Künstlerinnen und Künstlern, gemeinnützigen Gruppen, Jugendprojekten und -initiativen, Bürgervereinen und freien Trägern unter dem vollen Wert zur Zwischennutzung überlassen werden. Die Zwischennut-

zungen sind zeitlich so zu befristen, dass die Immobilie für das Land Berlin bei Bedarf für eigene Verwendungszwecke schnell verfügbar bleibt. Bei einer Vergabe an Dritte ist unbeachtlich, ob eine Veräußerung, die Bestellung eines Erbbaurechts oder die dauerhafte Vermietung bevorzugt wird. Bei der Überlassung für Zwischennutzungen sind von den Nutzerinnen und Nutzern mindestens die damit verbundenen Betriebs- und Unterhaltungskosten zu übernehmen. Bei der Berechnung des darüber hinaus gehenden Mietzinses ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nutzerinnen und Nutzer zu berücksichtigen.

§ 11
Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit und der Verwendung von in den Haushaltsberatungen verstärkten Ansätzen

(1) Die Deckungsfähigkeit nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 bis 5 der Landeshaushaltsordnung und für die Bezirke nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 der Landeshaushaltsordnung wird ausgeschlossen. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. Satz 1 gilt nicht für die weisungsunabhängigen Verfassungsorgane und weisungsunabhängigen Landesbeauftragten.

(2) Macht das Land von einer Aufstockungsfinanzierung Gebrauch, indem es bestehende bezirkliche Leistungen hinsichtlich einzelner bezirklicher Projekte durch oder auf Grund des Haushaltsgesetzes verstärkt, ist eine Absenkung der bisherigen bezirklichen Leistungen weder im Ansatz noch in der Auskehrung zulässig.

(3) In Haushaltsmittel für Stellen oder Beschäftigungspositionen dürfen pauschale Minderausgaben nur aufgelöst werden, soweit eine ausdrückliche Veranschlagung zu diesem Zweck erfolgt ist. Durch das Abgeordnetenhaus verstärkte oder geschaffene Gesamt- oder Teilansätze dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zur Auflösung pauschaler Minderausgaben herangezogen werden. Gleiches gilt für die Heranziehung zur Deckung, soweit in den jeweiligen Erläuterungen nicht ausdrücklich anders vorgesehen.

§ 12
Regelungen im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt

(1) Sofern die sich nach § 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt vom 17. Dezember 2014 (GVBl. S. 521), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. November 2019 (GVBl. S. 742) geändert worden ist, ergebende Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt die dafür im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben übersteigt, wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, eine höhere Zuführung an das Sondervermögen zu leisten. Diese höheren Ausgaben sind keine überplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.

(2) Für Investitionen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt gelten die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung mit der Maßgabe, dass die Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung zu nutzen sind. Dies gilt nicht für § 24 Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung.

§ 13
Parlamentsvorbehalt

Vertragliche Verpflichtungen, auch Zuschlagserteilungen nach Ausschreibungsverfahren, darf das Land Berlin ab einem Gesamtvolumen von 500.000.000 Euro nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses eingehen (Parlamentsvorbehalt).

§ 14
Ergebnisrücklage der Bezirke

(1) Jeder Bezirk bildet eine Ergebnisrücklage.

(2) Beim Jahresabschluss führen die Bezirke ein positives Jahresergebnis (Saldo der Einnahmen und Ausgaben nach Basiskorrektur) ihrer Ergebnisrücklage zu. Negative Jahresergebnisse sind durch Entnahmen aus ihrer Ergebnisrücklage auszugleichen.

(3) Der Bestand der Ergebnisrücklage steht, vorbehaltlich der vorrangigen Abdeckung negativer Jahresergebnisse, überjährig für Entnahmen zur Verfügung. Durch Mehreinnahmen aus der Ergebnisrücklage finanzierte Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.

§ 15
Haushaltssystematische Veränderungen

(1) Ausgaben, die im Haushaltsplan in falschen Titeln veranschlagt wurden, dürfen mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung in entsprechender Anwendung des § 50 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist zu unterrichten.

(2) Absatz 1 gilt auch für Ausgaben in Titeln, die auf Grund von Änderungen des bundeseinheitlichen Gruppierungsplans umgesetzt werden müssen.

(3) Die Ausgaben zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Sondervermögen Klima, Resilienz und Transformation werden in gesonderten Kapiteln ausgewiesen, die im Haushaltsvollzug eingerichtet werden. Das Nähere dazu regelt die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung.

## Abschnitt III
## Personalwirtschaftliche Regelungen und Personalausgaben

§ 16
Personalwirtschaftliche Ermächtigungen

(1) Leistungsprämien und -zulagen an Beamtinnen und Beamte dürfen nach der jeweils geltenden landesrechtlichen Verordnung im Rahmen der den Behörden und Einrichtungen zur Verfügung gestellten Personalmittel gezahlt werden.

(2) Unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin nach Artikel III § 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 58) geändert worden ist, darf im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung eine Zulage gezahlt werden. Die Zulage darf bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe der Beamtin oder des Beamten und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der zweiten folgenden Besoldungsgruppe und nicht einstiegsamtübergreifend gewährt werden. Die für Besoldung zuständige Senatsverwaltung kann hinsichtlich der Beschränkung zur einstiegsamtübergreifenden Gewährung im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

(3) Die im Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin vorgesehenen Amtszulagen nach Maßgabe des Haushaltsplans nach Anlage IX und die im Landesbesoldungsgesetz vorgesehenen Amtszulagen nach Maßgabe des Haushaltsplans nach Anlage II werden für Lehrkräfte, die im Schuljahr 2022/2023 unbefristet und ungekündigt im öffentlichen Schuldienst des Landes Berlin beschäftigt waren und die bis zum 30. September 2023 gegenüber der für Bildung zuständigen Senatsverwaltung erklärt haben, dass sie nicht verbeamtet werden wollen, rückwirkend ab 1. Februar 2023 gezahlt, soweit die stellenplanmäßigen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Lehrkräften, die ab dem 30. September 2023 gegenüber der für Bildung zuständigen Senatsverwaltung erklären, dass sie nicht verbeamtet werden wollen, werden diese Amtszulagen ab dem Monatsersten nach dem Zeitpunkt des Zugangs der Erklärung gezahlt.

(4) Entscheidet die Lehrkraft sich zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem ihr die als Nachteilsausgleich gewährten monatlichen Amtszulagen bereits mindestens einmal gezahlt wurden, für eine Verbeamtung, ist die Lehrkraft verpflichtet, die in den letzten drei

Monaten vor der Verbeamtung an sie als Nachteilsausgleich gewährten Amtszulagen an den Arbeitgeber zurückzuzahlen. Die Rückzahlung hat in Höhe des Bruttobetrages der Zulagen, mit Ausnahme der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, zu erfolgen. Eine Verpflichtung zur Rückzahlung des Nachteilsausgleichs besteht nicht, wenn

1. die Lehrkraft trotz der späteren Verbeamtung keinen Anspruch auf die beamtenrechtliche Altersversorgung erhält, insbesondere, weil sie die für einen Anspruch auf beamtenrechtliche Altersversorgung erforderliche Dauer der ruhegehaltfähigen Dienstzeit nicht erreicht. Dies gilt jedoch nicht, wenn eine beamtenrechtliche Altersversorgung auf Grund eigenen Fehlverhaltens der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers oder auf Grund einer von ihm zu vertretenden Unterbrechung der Tätigkeit ausscheidet; oder
2. die Verbeamtung nicht von der Arbeitnehmerin oder von dem Arbeitnehmer zu verantworten ist, insbesondere, weil ihr oder ihm ohne Verbeamtung der Zugang zu bestimmten Stellen versagt ist; oder
3. eine frühere Verbeamtung nicht möglich gewesen wäre, weil die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer nicht verbeamtet werden konnte.

§ 17
Personalwirtschaftliche Einschränkungen

Die im Stellenplan angebrachten Sperrvermerke an Planstellen, Stellen und Beschäftigungspositionen und die sonstigen haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen bewirken in Höhe der von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung festgesetzten Durchschnittssätze Mittelsperren. Unterjährig wirksam werdende Sperrvermerke und haushaltswirtschaftliche Einschränkungen sind anteilig zu berücksichtigen.

§ 18
Deckungsfähigkeit und Zweckbindung

(1) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Titeln 42221, 42722, 42735 und 42821 für Anwärterinnen und Anwärter, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgewiesenen Mittel nur untereinander und auch einzelplanübergreifend deckungsfähig, ausnahmsweise auch mit den übrigen Personalausgaben, soweit es sich um auf zwölf Monate befristete Weiterbeschäftigungen im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung handelt, sowie abweichend von § 11 Absatz 1 auch mit den konsumtiven Sachausgaben, soweit es sich um Zuschüsse zur Ausweitung des Ausbildungsangebots handelt. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können Personalausgaben auch für zusätzliche Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter im Rahmen der Deckungsfähigkeit geleistet werden, wenn eine geplante Ausweitung des Ausbildungsangebotes anderenfalls nicht realisierbar ist. Die Finanzierung befristeter Weiterbeschäftigungen nach Satz 1 sowie von Praxisanleiterinnen und Praxisanleitern nach Satz 2 ist nur zulässig, sofern die Ansätze der übrigen Titel der Hauptgruppe 4 im jeweiligen Bezirksplan oder Einzelplan der Hauptverwaltung überschritten werden. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können nicht verbrauchte Mittel der in Satz 1 genannten Titel in die Folgejahre übertragen sowie auch in Unternehmen und Einrichtungen außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung verausgabt werden, sofern damit zusätzliche Ausbildungsplätze in zukunftsträchtigen Ausbildungsberufen neu geschaffen werden.

(2) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Kapiteln des Personalüberhangs veranschlagten Personalausgaben nur deckungsberechtigt. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.

(3) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen (Titel 23601) den Ausgaben bei Titel 42811 zu.

**Abschnitt IV**
**Übergangs- und Schlussvorschriften**

§ 19
Weitergeltung von Vorschriften

§ 2 Absatz 2 bis 6 und 9 sowie die §§ 3, 4, 7, 10 und 16 bis 18 gelten bis zur Verkündung des auf dieses Gesetz folgenden Haushaltsgesetzes weiter.

§ 20
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Berlin, den 20. Dezember 2023

Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
Cornelia S e i b e l d

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister
Kai W e g n e r

## Anlage

Gesamtplan
Haushaltsübersicht
2024

# G E S A M T P L A N

## Haushaltsübersicht 2024

| Einzel-plan | Bezeichnung | Einnahmen € | Ausgaben € | Fehlbetrag (-) Überschuss € | Verpflichtungs-ermächtigungen € |
|---|---|---|---|---|---|
| 01 | Abgeordnetenhaus | 58.500 | 97.378.400 | -97.319.900 | --- |
| 02 | Verfassungsgerichtshof | 1.000 | 1.005.000 | -1.004.000 | --- |
| 03 | Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister | 2.655.000 | 121.072.400 | -118.417.400 | 90.699.000 |
| 05 | Inneres und Sport | 419.893.300 | 3.117.241.300 | -2.697.348.000 | 693.038.800 |
| 06 | Justiz und Verbraucherschutz | 344.945.900 | 1.214.631.600 | -869.685.700 | 106.068.000 |
| 07 | Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt | 940.593.000 | 3.188.913.100 | -2.248.320.100 | 31.655.560.000 |
| 08 | Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt | 29.929.000 | 1.000.198.900 | -970.269.900 | 1.335.837.900 |
| 09 | Wissenschaft, Gesundheit und Pflege | 756.266.400 | 3.564.691.000 | -2.808.424.600 | 9.377.774.000 |
| 10 | Bildung, Jugend und Familie | 218.877.300 | 5.427.416.800 | -5.208.539.500 | 613.800.000 |
| 11 | Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung | 296.345.900 | 1.972.546.200 | -1.676.200.300 | 1.019.370.000 |
| 12 | Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen | 290.593.000 | 1.243.465.700 | -952.872.700 | 2.868.825.000 |
| 13 | Wirtschaft, Energie und Betriebe | 315.420.200 | 933.396.300 | -617.976.100 | 597.805.000 |
| 15 | Finanzen | 257.043.000 | 705.387.800 | -448.344.800 | 297.722.000 |
| 20 | Rechnungshof | 56.200 | 28.879.000 | -28.822.800 | 6.918.000 |
| 21 | Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit | 206.000 | 23.661.000 | -23.455.000 | --- |
| 22 | Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin | 1.000 | 1.530.000 | -1.529.000 | --- |
| 25 | Landesweite Maßnahmen des E-Governments | 62.002.000 | 326.471.100 | -264.469.100 | 970.401.200 |
| 27 | Zuweisungen an und Programme für die Bezirke | -8.286.039.000 | 1.149.586.000 | -9.435.625.000 | 3.095.207.000 |
| 29 | Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten | 32.375.781.000 | 3.907.157.100 | 28.468.623.900 | 244.000.000 |
| **∑** | **SUMME EINZELPLÄNE 01 - 29** | **28.024.628.700** | **28.024.628.700** | **---** | **52.973.025.900** |
| 31 | Bezirksverordnetenversammlung | 82.700 | 22.907.700 | -22.825.000 | --- |
| 33 | Bezirksamt - Politisch- Administrativer Bereich - | 26.895.600 | 757.529.300 | -730.633.700 | 119.628.000 |
| 34 | Ordnungsamt | 81.516.600 | 90.889.500 | -9.372.900 | 15.927.000 |
| 35 | Amt für Bürgerdienste | 144.458.600 | 319.362.900 | -174.904.300 | --- |
| 36 | Amt für Weiterbildung und Kultur | 46.569.100 | 215.323.000 | -168.753.900 | 4.991.000 |
| 37 | Schul- und Sportamt | 26.866.500 | 827.243.800 | -800.377.300 | 596.982.600 |
| 38 | Straßen- und Grünflächenamt | 99.088.900 | 389.487.000 | -290.398.100 | 14.322.000 |
| 39 | Amt für Soziales | 1.877.540.800 | 4.288.115.400 | -2.410.574.600 | 2.552.000 |
| 40 | Jugendamt | 99.950.200 | 3.683.846.400 | -3.583.896.200 | 13.420.000 |
| 41 | Gesundheitsamt | 4.067.200 | 155.104.300 | -151.037.100 | 27.000 |
| 42 | Stadtentwicklungsamt | 42.125.700 | 116.505.300 | -74.379.600 | 8.976.000 |
| 43 | Umwelt- und Naturschutzamt | 3.250.800 | 30.551.200 | -27.300.400 | --- |
| 45 | Allgemeine Finanzangelegenheiten | 8.804.012.100 | 359.559.000 | 8.444.453.100 | --- |
| **∑** | **SUMME EINZELPLÄNE 31 - 45** | **11.256.424.800** | **11.256.424.800** | **---** | **776.825.600** |
| **∑** | **SUMME HAUSHALTSPLAN** | **39.281.053.500** | **39.281.053.500** | **---** | **53.749.851.500** |

# Gesamtplan

## Haushaltsübersicht 2024 – Aufstellung nach Bezirken

| Einzel-plan | Bezeichnung | Mitte € | Friedrichshain-Kreuzberg € | Pankow € | Charlottenburg-Wilmersdorf € | Spandau € |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | **EINNAHMEN** | | | | | |
| 31 | Bezirksverordnetenversammlung | --- | 1.000 | 5.000 | 31.000 | 1.000 |
| 33 | Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich - | 2.784.000 | 525.600 | 5.180.500 | 3.028.500 | 1.090.200 |
| 34 | Ordnungsamt | 27.272.000 | 7.389.500 | 6.185.000 | 13.357.600 | 2.181.000 |
| 35 | Amt für Bürgerdienste | 14.199.600 | 14.556.900 | 15.552.000 | 10.252.000 | 11.024.500 |
| 36 | Amt für Weiterbildung und Kultur | 6.131.800 | 3.854.300 | 4.098.500 | 5.076.000 | 3.975.400 |
| 37 | Schul- und Sportamt | 1.934.200 | 3.348.000 | 3.344.000 | 1.729.800 | 1.825.200 |
| 38 | Straßen- und Grünflächenamt | 13.632.800 | 7.567.700 | 9.397.000 | 13.002.000 | 7.765.000 |
| 39 | Amt für Soziales | 250.907.800 | 159.341.100 | 134.431.400 | 186.351.900 | 148.766.900 |
| 40 | Jugendamt | 9.324.500 | 6.449.200 | 10.342.000 | 6.368.300 | 8.145.700 |
| 41 | Gesundheitsamt | 751.700 | 42.300 | 260.000 | 632.000 | 171.000 |
| 42 | Stadtentwicklungsamt | 7.573.100 | 4.616.000 | 3.735.000 | 4.824.900 | 2.774.000 |
| 43 | Umwelt- und Naturschutzamt | 315.200 | 221.800 | 111.000 | 173.000 | 452.000 |
| 45 | Allgemeine Finanzangelegenheiten | 901.033.000 | 659.143.500 | 1.021.108.000 | 626.528.000 | 648.011.300 |
| **Σ** | **Summe Einnahmen** | **1.235.859.700** | **867.056.900** | **1.213.749.400** | **871.355.000** | **836.183.200** |
| | **AUSGABEN** | | | | | |
| 31 | Bezirksverordnetenversammlung | 1.887.300 | 1.691.300 | 1.908.900 | 1.853.900 | 2.034.400 |
| 33 | Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich - | 66.309.000 | 50.942.200 | 88.624.500 | 81.702.900 | 49.396.500 |
| 34 | Ordnungsamt | 12.565.200 | 5.413.800 | 7.107.000 | 9.829.000 | 5.525.100 |
| 35 | Amt für Bürgerdienste | 33.459.700 | 29.641.600 | 33.644.700 | 23.567.400 | 25.825.100 |
| 36 | Amt für Weiterbildung und Kultur | 26.748.000 | 16.580.300 | 19.550.200 | 17.339.400 | 19.146.600 |
| 37 | Schul- und Sportamt | 104.356.800 | 55.477.200 | 109.023.000 | 41.383.700 | 55.708.200 |
| 38 | Straßen- und Grünflächenamt | 41.151.500 | 19.554.300 | 39.483.100 | 32.158.500 | 30.505.900 |
| 39 | Amt für Soziales | 508.655.300 | 338.063.200 | 446.155.700 | 361.273.000 | 336.582.700 |
| 40 | Jugendamt | 375.927.500 | 287.172.800 | 409.321.200 | 242.058.900 | 262.087.800 |
| 41 | Gesundheitsamt | 18.658.400 | 11.044.500 | 12.030.800 | 16.996.800 | 9.940.700 |
| 42 | Stadtentwicklungsamt | 15.687.600 | 11.700.400 | 14.597.000 | 8.228.500 | 7.683.400 |
| 43 | Umwelt- und Naturschutzamt | 3.050.000 | 2.269.300 | 2.578.300 | 2.793.700 | 3.240.700 |
| 45 | Allgemeine Finanzangelegenheiten | 27.403.400 | 37.506.000 | 29.725.000 | 32.169.300 | 28.506.100 |
| **Σ** | **Summe Ausgaben** | **1.235.859.700** | **867.056.900** | **1.213.749.400** | **871.355.000** | **836.183.200** |
| **Σ** | **Fehlbetrag** | **---** | **---** | **---** | **---** | **---** |
| **Σ** | **Verpflichtungsermächtigungen** | **72.082.000** | **212.698.000** | **202.372.000** | **---** | **10.269.000** |

**Gesamtplan Haushaltsübersicht 2024**

| Steglitz-Zehlendorf € | Tempelhof-Schöneberg € | Neukölln € | Treptow-Köpenick € | Marzahn-Hellersdorf € | Lichtenberg € | Reinickendorf € |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 3.000 | 22.000 | 2.000 | 9.000 | 4.000 | 2.000 | 2.700 |
| 810.200 | 2.044.700 | 3.466.000 | 5.345.000 | 827.000 | 261.000 | 1.532.900 |
| 4.791.400 | 4.143.700 | 4.922.000 | 2.577.000 | 1.541.000 | 4.385.000 | 2.771.400 |
| 8.105.000 | 10.982.200 | 14.561.000 | 9.948.600 | 13.508.000 | 12.472.000 | 9.296.800 |
| 5.706.500 | 3.440.000 | 4.103.000 | 4.052.300 | 1.429.200 | 2.138.600 | 2.563.500 |
| 3.456.400 | 1.295.600 | 1.500.000 | 3.559.500 | 1.836.400 | 1.667.000 | 1.370.400 |
| 9.702.600 | 7.388.100 | 6.667.000 | 7.704.800 | 5.778.800 | 4.899.900 | 5.583.200 |
| 97.360.700 | 181.318.200 | 217.038.000 | 94.971.000 | 122.186.900 | 149.842.100 | 135.024.800 |
| 7.189.400 | 7.817.300 | 8.983.900 | 7.885.500 | 11.875.000 | 8.802.600 | 6.766.800 |
| 577.000 | 369.200 | 312.000 | 169.000 | 142.000 | 432.000 | 209.000 |
| 2.185.000 | 2.764.800 | 2.025.000 | 4.063.300 | 2.655.200 | 2.834.000 | 2.075.400 |
| 278.000 | 285.600 | 285.000 | 745.000 | 162.000 | 63.000 | 159.200 |
| 593.941.400 | 768.859.500 | 777.214.700 | 650.547.000 | 725.228.500 | 795.114.600 | 637.282.600 |
| **734.106.600** | **990.730.900** | **1.041.079.600** | **791.577.000** | **887.174.000** | **982.913.800** | **804.638.700** |
| 1.829.000 | 2.110.600 | 1.826.000 | 1.865.500 | 2.036.800 | 1.953.700 | 1.910.300 |
| 57.116.800 | 69.759.900 | 86.113.400 | 70.339.500 | 38.882.000 | 35.979.500 | 62.363.100 |
| 4.655.200 | 7.621.100 | 7.788.000 | 6.819.200 | 5.620.700 | 11.938.400 | 6.006.800 |
| 17.198.200 | 24.767.900 | 30.505.000 | 21.719.000 | 29.977.500 | 28.210.700 | 20.846.100 |
| 20.524.200 | 19.760.700 | 18.481.400 | 12.498.900 | 13.642.500 | 18.072.900 | 12.977.900 |
| 57.657.400 | 71.185.000 | 45.762.200 | 67.265.100 | 77.653.000 | 96.665.000 | 45.107.200 |
| 35.927.700 | 33.490.300 | 24.394.000 | 33.793.600 | 36.852.800 | 32.501.900 | 29.673.400 |
| 251.904.300 | 376.080.100 | 447.800.000 | 248.390.000 | 294.022.100 | 369.250.700 | 309.938.300 |
| 238.554.900 | 326.912.400 | 322.443.400 | 282.702.000 | 341.467.600 | 331.603.700 | 263.594.200 |
| 11.739.500 | 14.220.100 | 13.693.800 | 9.025.200 | 10.709.000 | 16.917.500 | 10.128.000 |
| 6.197.700 | 10.759.500 | 7.926.000 | 9.585.000 | 9.295.800 | 7.319.200 | 7.525.200 |
| 2.673.200 | 2.167.500 | 2.046.000 | 2.793.700 | 1.696.500 | 3.135.100 | 2.107.200 |
| 28.128.500 | 31.895.800 | 32.300.400 | 24.780.300 | 25.317.700 | 29.365.500 | 32.461.000 |
| **734.106.600** | **990.730.900** | **1.041.079.600** | **791.577.000** | **887.174.000** | **982.913.800** | **804.638.700** |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| **11.867.000** | --- | **24.519.000** | **84.485.000** | **853.600** | **129.046.000** | **28.634.000** |

# G E S A M T P L A N

## Haushaltsübersicht 2025

| Einzel-plan | Bezeichnung | Einnahmen € | Ausgaben € | Fehlbetrag (-) Überschuss € | Verpflichtungs-ermächtigungen € |
|---|---|---|---|---|---|
| 01 | Abgeordnetenhaus | 58.500 | 100.618.000 | -100.559.500 | --- |
| 02 | Verfassungsgerichtshof | 1.000 | 1.051.000 | -1.050.000 | --- |
| 03 | Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister | 2.694.000 | 135.026.800 | -132.332.800 | 65.432.000 |
| 05 | Inneres und Sport | 424.054.300 | 3.216.757.600 | -2.792.703.300 | 554.038.000 |
| 06 | Justiz und Verbraucherschutz | 349.945.900 | 1.258.075.600 | -908.129.700 | 90.534.000 |
| 07 | Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt | 1.032.427.000 | 3.526.924.800 | -2.494.497.800 | 31.719.091.000 |
| 08 | Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt | 29.940.000 | 1.055.985.500 | -1.026.045.500 | 1.246.493.900 |
| 09 | Wissenschaft, Gesundheit und Pflege | 781.538.400 | 3.747.329.900 | -2.965.791.500 | 944.669.000 |
| 10 | Bildung, Jugend und Familie | 159.357.300 | 5.572.929.600 | -5.413.572.300 | 394.456.000 |
| 11 | Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung | 287.124.700 | 1.941.670.100 | -1.654.545.400 | 1.164.511.000 |
| 12 | Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen | 281.671.000 | 1.379.854.200 | -1.098.183.200 | 3.130.523.000 |
| 13 | Wirtschaft, Energie und Betriebe | 278.267.700 | 884.826.300 | -606.558.600 | 427.426.000 |
| 15 | Finanzen | 256.863.000 | 730.519.600 | -473.656.600 | 265.100.000 |
| 20 | Rechnungshof | 41.200 | 29.831.000 | -29.789.800 | 7.698.000 |
| 21 | Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit | 206.000 | 14.120.800 | -13.914.800 | --- |
| 22 | Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin | 1.000 | 1.565.000 | -1.564.000 | --- |
| 25 | Landesweite Maßnahmen des E-Governments | 60.002.000 | 323.485.500 | -263.483.500 | 967.357.200 |
| 27 | Zuweisungen an und Programme für die Bezirke | -8.367.554.000 | 1.304.155.000 | -9.671.709.000 | 3.706.365.000 |
| 29 | Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten | 33.533.164.900 | 3.885.077.600 | 29.648.087.300 | 244.000.000 |
| ∑ | **SUMME EINZELPLÄNE 01 - 29** | **29.109.803.900** | **29.109.803.900** | **---** | **44.927.694.100** |
| 31 | Bezirksverordnetenversammlung | 82.700 | 23.098.900 | -23.016.200 | --- |
| 33 | Bezirksamt - Politisch- Administrativer Bereich - | 26.622.600 | 778.253.400 | -751.630.800 | 130.274.000 |
| 34 | Ordnungsamt | 83.441.600 | 94.141.300 | -10.699.700 | 1.654.000 |
| 35 | Amt für Bürgerdienste | 143.856.800 | 322.770.000 | -178.913.200 | --- |
| 36 | Amt für Weiterbildung und Kultur | 46.172.600 | 222.326.600 | -176.154.000 | 5.148.000 |
| 37 | Schul- und Sportamt | 26.113.200 | 869.353.900 | -843.240.700 | 540.986.000 |
| 38 | Straßen- und Grünflächenamt | 97.874.900 | 398.230.700 | -300.355.800 | 27.169.000 |
| 39 | Amt für Soziales | 1.918.637.500 | 4.334.254.100 | -2.415.616.600 | 1.052.000 |
| 40 | Jugendamt | 100.141.900 | 3.712.006.200 | -3.611.864.300 | 8.560.000 |
| 41 | Gesundheitsamt | 4.057.200 | 159.948.200 | -155.891.000 | 21.000 |
| 42 | Stadtentwicklungsamt | 41.862.700 | 119.196.400 | -77.333.700 | 6.826.000 |
| 43 | Umwelt- und Naturschutzamt | 3.230.800 | 31.567.300 | -28.336.500 | 21.000 |
| 45 | Allgemeine Finanzangelegenheiten | 8.904.305.700 | 331.253.200 | 8.573.052.500 | --- |
| ∑ | **SUMME EINZELPLÄNE 31 - 45** | **11.396.400.200** | **11.396.400.200** | **---** | **721.711.000** |
| ∑ | **SUMME HAUSHALTSPLAN** | **40.506.204.100** | **40.506.204.100** | **---** | **45.649.405.100** |

**Gesamtplan**
**Haushaltsübersicht**
**2025**

# G e s a m t p l a n

## Haushaltsübersicht 2025 – Aufstellung nach Bezirken

| Einzel-plan | Bezeichnung | Mitte € | Friedrichshain-Kreuzberg € | Pankow € | Charlottenburg-Wilmersdorf € | Spandau € |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | **EINNAHMEN** | | | | | |
| 31 | Bezirksverordnetenversammlung | --- | 1.000 | 5.000 | 31.000 | 1.000 |
| 33 | Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich - | 2.786.000 | 526.600 | 5.000.500 | 3.064.500 | 1.088.200 |
| 34 | Ordnungsamt | 27.459.000 | 7.408.500 | 6.285.000 | 13.410.600 | 2.136.000 |
| 35 | Amt für Bürgerdienste | 14.199.600 | 14.556.900 | 15.572.000 | 10.252.000 | 11.018.400 |
| 36 | Amt für Weiterbildung und Kultur | 6.131.800 | 3.854.300 | 4.098.500 | 5.103.000 | 3.975.400 |
| 37 | Schul- und Sportamt | 1.966.500 | 3.311.800 | 3.361.000 | 1.736.800 | 1.828.500 |
| 38 | Straßen- und Grünflächenamt | 13.632.800 | 7.567.700 | 9.397.000 | 13.002.000 | 7.765.000 |
| 39 | Amt für Soziales | 256.493.800 | 162.903.100 | 137.184.600 | 191.087.700 | 151.670.600 |
| 40 | Jugendamt | 9.367.400 | 6.483.900 | 10.394.000 | 6.397.300 | 8.175.300 |
| 41 | Gesundheitsamt | 751.700 | 32.300 | 260.000 | 632.000 | 171.000 |
| 42 | Stadtentwicklungsamt | 7.573.100 | 4.627.000 | 3.735.000 | 4.788.900 | 2.774.000 |
| 43 | Umwelt- und Naturschutzamt | 315.200 | 221.800 | 111.000 | 173.000 | 452.000 |
| 45 | Allgemeine Finanzangelegenheiten | 913.479.000 | 675.252.500 | 1.032.755.000 | 637.388.000 | 654.459.300 |
| **Σ** | **Summe Einnahmen** | **1.254.155.900** | **886.747.400** | **1.228.158.600** | **887.066.800** | **845.514.700** |
| | **AUSGABEN** | | | | | |
| 31 | Bezirksverordnetenversammlung | 1.936.700 | 1.711.600 | 1.936.000 | 1.861.900 | 2.043.400 |
| 33 | Bezirksamt - Politisch-Administrativer Bereich - | 68.712.100 | 52.774.600 | 89.496.700 | 87.751.700 | 52.772.500 |
| 34 | Ordnungsamt | 13.539.200 | 5.556.200 | 7.392.000 | 10.225.000 | 5.725.700 |
| 35 | Amt für Bürgerdienste | 34.119.700 | 29.911.700 | 34.023.800 | 23.917.500 | 25.810.900 |
| 36 | Amt für Weiterbildung und Kultur | 27.777.900 | 17.046.300 | 20.293.400 | 17.739.800 | 19.428.000 |
| 37 | Schul- und Sportamt | 104.355.900 | 63.714.500 | 113.993.600 | 39.446.900 | 57.179.400 |
| 38 | Straßen- und Grünflächenamt | 45.705.100 | 19.847.600 | 39.932.400 | 33.694.500 | 31.048.100 |
| 39 | Amt für Soziales | 514.806.500 | 342.028.600 | 450.306.300 | 365.975.900 | 339.816.900 |
| 40 | Jugendamt | 378.317.900 | 289.247.000 | 410.896.900 | 243.757.200 | 263.932.300 |
| 41 | Gesundheitsamt | 19.345.800 | 11.469.000 | 12.411.200 | 17.406.200 | 10.248.200 |
| 42 | Stadtentwicklungsamt | 15.912.500 | 11.938.600 | 15.014.000 | 8.528.000 | 7.881.300 |
| 43 | Umwelt- und Naturschutzamt | 3.163.100 | 2.323.400 | 2.667.300 | 2.917.600 | 3.186.300 |
| 45 | Allgemeine Finanzangelegenheiten | 26.463.500 | 39.178.300 | 29.795.000 | 33.844.600 | 26.441.700 |
| **Σ** | **Summe Ausgaben** | **1.254.155.900** | **886.747.400** | **1.228.158.600** | **887.066.800** | **845.514.700** |
| **Σ** | **Fehlbetrag** | **---** | **---** | **---** | **---** | **---** |
| **Σ** | **Verpflichtungsermächtigungen** | **105.586.000** | **231.598.000** | **171.705.000** | **42.000** | **25.119.000** |

**Gesamtplan**
**Haushaltsübersicht**
**2025**

| Steglitz-Zehlendorf € | Tempelhof-Schöneberg € | Neukölln € | Treptow-Köpenick € | Marzahn-Hellersdorf € | Lichtenberg € | Reinickendorf € |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 3.000 | 22.000 | 2.000 | 9.000 | 4.000 | 2.000 | 2.700 |
| 760.200 | 2.044.700 | 3.481.000 | 5.245.000 | 827.000 | 266.000 | 1.532.900 |
| 4.791.400 | 4.984.700 | 5.812.000 | 2.577.000 | 1.541.000 | 4.265.000 | 2.771.400 |
| 8.180.000 | 10.982.200 | 14.561.000 | 9.757.900 | 13.408.000 | 12.072.000 | 9.296.800 |
| 5.706.500 | 3.434.000 | 3.991.000 | 3.752.300 | 1.423.700 | 2.138.600 | 2.563.500 |
| 3.431.100 | 1.144.500 | 1.043.800 | 3.393.400 | 1.843.400 | 1.675.000 | 1.377.400 |
| 9.695.500 | 7.388.400 | 5.372.900 | 7.704.800 | 5.833.300 | 4.932.300 | 5.583.200 |
| 99.807.800 | 185.719.200 | 221.836.000 | 96.754.000 | 124.736.800 | 152.587.100 | 137.856.800 |
| 7.216.600 | 7.804.400 | 8.959.100 | 7.916.600 | 11.909.000 | 8.723.400 | 6.794.900 |
| 577.000 | 369.200 | 312.000 | 169.000 | 142.000 | 432.000 | 209.000 |
| 2.185.000 | 2.764.800 | 2.025.000 | 3.951.300 | 2.655.200 | 2.708.000 | 2.075.400 |
| 278.000 | 285.600 | 285.000 | 745.000 | 142.000 | 63.000 | 159.200 |
| 600.350.300 | 771.616.700 | 775.289.700 | 656.653.000 | 740.368.000 | 814.448.600 | 632.245.600 |
| **742.982.400** | **998.560.400** | **1.042.970.500** | **798.628.300** | **904.833.400** | **1.004.313.000** | **802.468.800** |
| 1.857.000 | 2.120.600 | 1.832.000 | 1.865.500 | 2.046.800 | 1.959.100 | 1.928.300 |
| 57.995.100 | 74.043.000 | 87.651.400 | 68.772.200 | 37.695.700 | 37.668.600 | 62.919.800 |
| 4.831.400 | 7.743.000 | 7.611.000 | 6.999.900 | 5.858.700 | 12.475.600 | 6.183.600 |
| 17.376.200 | 25.154.000 | 30.892.000 | 21.720.000 | 30.314.700 | 28.502.600 | 21.026.900 |
| 20.825.400 | 20.303.800 | 18.732.900 | 13.575.400 | 14.468.000 | 18.768.500 | 13.367.200 |
| 59.118.300 | 84.100.200 | 38.776.900 | 65.741.100 | 92.997.300 | 110.610.800 | 39.319.000 |
| 36.886.600 | 33.036.300 | 22.032.900 | 33.648.600 | 40.369.200 | 32.950.400 | 29.079.000 |
| 254.608.300 | 380.520.300 | 452.775.400 | 250.586.300 | 297.075.900 | 372.747.900 | 313.005.800 |
| 240.404.800 | 330.739.100 | 322.672.300 | 286.736.000 | 344.444.200 | 335.296.400 | 265.562.100 |
| 12.112.500 | 14.741.300 | 14.126.800 | 9.305.300 | 10.976.400 | 17.410.200 | 10.395.300 |
| 6.374.300 | 10.318.700 | 8.200.000 | 9.976.000 | 9.638.200 | 7.672.400 | 7.742.400 |
| 2.758.000 | 2.298.900 | 2.116.000 | 2.882.300 | 1.751.500 | 3.336.500 | 2.166.400 |
| 27.834.500 | 13.441.200 | 35.550.900 | 26.819.700 | 17.196.800 | 24.914.000 | 29.773.000 |
| **742.982.400** | **998.560.400** | **1.042.970.500** | **798.628.300** | **904.833.400** | **1.004.313.000** | **802.468.800** |
| **---** | **---** | **---** | **---** | **---** | **---** | **---** |
| **7.123.000** | **---** | **26.585.000** | **71.105.000** | **789.000** | **58.524.000** | **23.535.000** |

**Gesamtplan**
**Finanzierungsübersicht**
**2024**

# Gesamtplan

## Finanzierungsübersicht 2024

| Ermittlung des Finanzierungssaldos | | | Mio. € |
|---|---|---|---|
| 1. | Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und Einnahmen aus Überschüssen sowie Verrechnungen) | | 35.996,0 |
| 2. | Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen sowie Verrechnungen) | | 38.851,8 |
| 3. | Finanzierungssaldo | | -2.855,8 |
| Deckung des Finanzierungsdefizits | | | |
| 4. | Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt | | |
| | Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt | 5.704,8 | |
| | Ausgaben zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt | 5.326,9 | 377,9 |
| 5. | Rücklagenbewegung | | |
| | Entnahmen aus Rücklagen | 2.482,4 | |
| | Zuführungen an Rücklagen | 4,5 | 2.477,9 |
| 6. | Ausgleich früherer Haushaltsjahre | | |
| | Einnahmen aus Überschüssen | 5,3 | |
| | *darunter: Überschüsse der Bezirke* | *0* | |
| | Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen | 5,3 | |
| | *darunter: Fehlbetrag der Bezirke* | *5,3* | 0,0 |
| 7. | Verrechnungsbewegungen | | |
| | einnahmeseitige Verrechnungen | 416,4 | |
| | ausgabeseitige Verrechnungen | 416,4 | 0,0 |
| 8. | Summe | | 2.855,8 |

# Gesamtplan

## Finanzierungsübersicht 2025

| Ermittlung des Finanzierungssaldos | | Mio. € |
|---|---|---|
| 1. | Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und Einnahmen aus Überschüssen sowie Verrechnungen) | 37.430,4 |
| 2. | Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen sowie Verrechnungen) | 40.057,5 |
| 3. | Finanzierungssaldo | -2.627,1 |

| Deckung des Finanzierungsdefizits | | | |
|---|---|---|---|
| 4. | Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt | | |
| | Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt | 5.789,6 | |
| | Ausgaben zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt | 5.411,7 | 377,9 |
| 5. | Rücklagenbewegung | | |
| | Entnahmen aus Rücklagen | 2.268,2 | |
| | Zuführungen an Rücklagen | 19,0 | 2.249,2 |
| 6. | Ausgleich früherer Haushaltsjahre | | |
| | Einnahmen aus Überschüssen | 0,0 | |
| | *darunter: Überschüsse der Bezirke* | *0,0* | |
| | Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen | 0,0 | |
| | *darunter: Fehlbetrag der Bezirke* | *0,0* | 0,0 |
| 7. | Verrechnungsbewegungen | | |
| | einnahmeseitige Verrechnungen | 426,6 | |
| | ausgabeseitige Verrechnungen | 426,6 | 0,0 |
| 8. | Summe | | 2.627,1 |

**Gesamtplan**
**Kreditfinanzierungsplan**
**2024**

# Gesamtplan

## Kreditfinanzierungsplan 2024

| | In Mio. EUR |
|---|---|
| I. Einnahmen aus Krediten (brutto) | |
| 1. aus Kreditmarktmitteln (2902/32500) | 5.704,9 |
| 2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32 | 0,0 |
| Summe I | 5.704,9 |
| II. Tilgungsausgaben für Kredite | |
| 1. für Kreditmarktmittel (2902/32500) | 5.323,9 |
| 2. Tilgung der notsituationsbedingten Kredite aus dem Jahr 2020 (2902/32502) | 0,0 |
| 3. Tilgung von Immobilienkredite (2990/59101) | 3,1 |
| 4. für Kredite im öffentlichen Bereich (Obergruppe 58) | 14,8 |
| Summe II | 5.341,8 |
| III. Einnahmen aus Krediten | |
| 1. aus Kreditmarktmittel (Abschnitt I Nr.1 abzgl. Abschnitt II Nr. 1, 2 und 3) | 377,9 |
| 2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr.2 abzgl. Abschnitt II Nr.4) | -14,8 |
| Summe III (Summe I abzgl. Summe II) | 363,1 |

# Gesamtplan

## Kreditfinanzierungsplan 2025

| | In Mio. EUR |
|---|---|
| I. Einnahmen aus Krediten (brutto) | |
| 1. aus Kreditmarktmitteln (2902/32500) | 5.789,7 |
| 2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32 | 0,0 |
| Summe I | 5.789,7 |
| II. Tilgungsausgaben für Kredite | |
| 1. für Kreditmarktmittel (2902/32500) | 5.408,7 |
| 2. Tilgung der notsituationsbedingten Kredite aus dem Jahr 2020 (2902/32502) | 0,0 |
| 3. Tilgung von Immobilienkredite (2990/59101) | 3,1 |
| 4. für Kredite im öffentlichen Bereich (Obergruppe 58) | 13,2 |
| Summe II | 5.425,0 |
| III. Einnahmen aus Krediten | |
| 1. aus Kreditmarktmittel (Abschnitt I Nr.1 abzgl. Abschnitt II Nr. 1, 2 und 3) | 377,9 |
| 2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr.2 abzgl. Abschnitt II Nr.4) | -13,2 |
| Summe III (Summe I abzgl. Summe II) | 364,7 |

# Betriebshaushalt/Vermögenshaushalt
# Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo
# des Berliner Haushalts 2024 und 2025

| | Ansatz 2024 Mio. € | Ansatz 2025 Mio. € | Ansatz 2023 Mio. € | Ist 2022 Mio. € |
|---|---|---|---|---|
| Laufende Rechnung (Betriebshaushalt) | | | | |
| Einnahmen der laufenden Rechnung | 35.481 | 37.129 | 34.530 | 36.551 |
| Ausgaben der laufenden Rechnung | 35.202 | 36.431 | 32.415 | 32.962 |
| **Saldo der laufenden Rechnung (Betriebshaushalt)** | **280** | **698** | **2.115** | **3.589** |
| Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt) | | | | |
| Einnahmen der Kapitalrechnung | 1.043 | 722 | 887 | 871 |
| *darunter Zuweisungen für Investitionen* | *879* | *582* | *694* | *634* |
| *Vermögensaktivierung* | *16* | *15* | *17* | *20* |
| Ausgaben der Kapitalrechnung | 3.959 | 3.969 | 4.096 | 3.711 |
| *darunter Investitionsausgaben* | *3.846* | *3.858* | *3.993* | *3.632* |
| **Saldo der Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt)** | **-2.916** | **-3.247** | **-3.209** | **-2.839** |
| nachrichtlich: | | | | |
| Globalpositionen (Saldo) | -220 | -78 | -1.502 | 0- |
| **Finanzierungssaldo** | **-2.856** | **-2.627** | **-2.596** | **750** |